

bringung zuletzt nicht auf Sporthallen zurückgreifen. Klar ist mit Blick auf die aktuelle Weltlage: Die Zahl der Geflüchteten wird voraussichtlich weiter steigen. Das bedeutet auch, dass die Stadt Gladbeck auf kurz oder lang die Kapazitäten weiter erhöhen muss. Denn schließlich sind auch diese Möglichkeiten endlich.

Eine ZUE, wie sie das Land in Gladbeck plant, sorgt mit Blick auf die Kapazitäten für spürbare Entlastung, da 50 Prozent der Plätze – also 310 – auf das Kontingent der Stadt angerechnet werden - ohne, dass diese Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben oder die Sozial- und Bildungssysteme belasten. Die geplante Landeseinrichtung soll neben einem umfassenden Betreuungs- und Umfeldmanagement auch einen Sicherheitsdienst vorhalten, der durchgängig vor Ort sein wird. Zur weiteren Erhöhung der Sicherheit werden bei Realisierung kommunaler Ordnungsdienst (KOD) und Polizei in enger Abstimmung mit der Bezirksregierung ein Konzept erarbeiten.

Die Stadt Gladbeck hat eine umfassende Willkommenskultur, ist Mitglied im Bündnis ‚Sichere Häfen‘, hat von Beginn der aktuellen Flüchtlingsbewegungen an den Ausbau der Unterbringungskapazitäten gemäß des gesetzlich geforderten Unterbringungsbedarfes nach Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) voran getrieben, damit die Menschen, die Hilfe und Schutz benötigen, diese auch erhalten. Die Kommunen haben immer die Unterstützung von Bund- und Land gefordert. Dass das Land den Ausbau der Landeseinrichtungen zur Entlastung der Städte und Gemeinden vehement vorantreibt, ist mit Blick auf die in allen Städten angespannte Gesamtlage insgesamt zu begrüßen.

Über den aktuellen Sachstand wird in der Sitzung am 27.03.2023 mündlich berichtet.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen: zur Verfügung nicht zur Verfügung

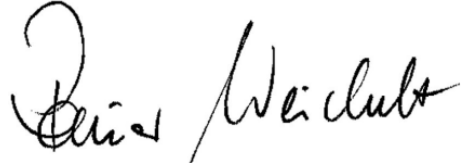
Klimarelevante Auswirkungen:

- keine wesentliche Klimarelevanz**
Die Durchführung der Haupt- und Alternativenprüfung war daher nicht notwendig (keine Anlage).
- keine negative oder eine positive Klimawirkung**
Die Durchführung der Alternativenprüfung war daher nicht notwendig (keine Anlage).
- eine negative Klimawirkung**
Die Alternativenprüfung wurde durchgeführt und das Prüfungsergebnis ist als Anlage beigefügt.

Beschlussentwurf:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Die Bürgermeisterin
i.V.



- Rainer Weichelt -
Erster Beigeordneter

In der Sitzung des

_____-Ausschusses

Rates

Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: